



Resolution: Mehr Klimaschutz mit weniger Kohle!

Fr, 05.06.2015, 11.00–13.00 Uhr, Zelthalle 12: Ohne Energiewende keine Klimawende – Wie können wir Vorbild sein?“ (Zentrum Mobilität, Energie, Ressourcen)

Antragsteller/in: Klaus Breyer (Evangelische Kirche von Westfalen, Klima-Allianz-Deutschland), Eva-Maria Reinwald (Evangelische Kirche von Westfalen, entwicklungspolitische Klimaplattform)

Adressat: Bundesregierung (Kanzleramt, Umweltministerium, Wirtschaftsministerium) sowie Bundestagsfraktionen

Text:

Ende des Jahres soll in Paris das internationale Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll verabschiedet werden. Paris muss zu einem klimapolitischen Wendepunkt werden hin zu einem System, das allen Menschen den Zugang zu ausreichend Energie ermöglicht, während Energieeffizienz und Erneuerbare Energien fossile Energieträger ersetzen.

Viele Entwicklungs- und Schwellenländer schauen dabei auf die Klimapolitik der EU und insbesondere auf die deutsche Energiewende. Deutschland steht in der Verantwortung das Klimaziel von 80-95 % bis 2050 zu erreichen. Damit dies gelingt, ist ein sozialverträglicher Ausstiegsplan aus der Kohlenutzung notwendig. Kohle ist der wichtigste Verursacher des Klimawandels, der bislang besonders die armen Menschen in Entwicklungsländern trifft. Der Einsatz von Kohle verursacht – etwa durch Feinstaub und Quecksilber – massive gesundheitliche Risiken. Der Abbau der Kohle führt zudem zu großen sozialen und ökologischen Problemen. Je schneller der Einstieg in den Kohleausstieg gefunden wird, umso mehr Zeit besteht für sozialverträgliche Umstrukturierungen.

Wir fordern die Bundesregierung auf:

- ein Gesetz zu beschließen, das die Stromproduktion der ältesten und klimaschädlichsten Kohlekraftwerke so drosselt, dass die Klimaziele erreicht werden können. Der von Minister Gabriel vorgelegte Klimaschutzbeitrag der Braunkohle von 22 Millionen Tonnen bis 2020 stellt einen ersten Schritt dafür dar.
- einen Fahrplan für einen sozialverträglichen Kohleausstieg bis spätestens 2040 zu beschließen. Dabei muss konsequent auf Energiesparen, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien gesetzt und Versorgungssicherheit gewährleistet werden.
- die Planung oder den Bau neuer Kohlekraftwerke nicht zuzulassen.
- Neue Tagebauprojekte auszuschließen und bestehende so zu begrenzen, dass diese mit den Klimazielen verträglich ist. Möglichst viele Menschen sollten von einer Umsiedlung verschont werden. Beim Strukturwandel in den Braunkohleregionen gilt es insbesondere die von Arbeitsplatzabbau Betroffenen zu unterstützen und attraktive Lebens- und Wirtschaftsräume zu entwickeln.
- Subventionen für Kohlekraftwerke oder die Förderung von Kohle zügig abzubauen.
- Derzeit noch Kohle importierende Energieunternehmen zu einer Einhaltung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten anzuhalten. Die Kohle produzierenden Länder müssen beim Ausbau von Erneuerbaren Energien unterstützt werden.
- einen Ausstieg der gesamten Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)-Bankengruppe aus der Finanzierung von internationalen Kohleprojekten zu beschließen und sich in der OECD dafür einzusetzen, dass keine Exportkreditgarantien mehr für Kohleprojekte gewährt werden.

Wir Teilnehmenden am Deutschen Evangelischen Kirchentag sind bereit, uns an der Entwicklung und Umsetzung einer Vision von 100 % erneuerbare Energien bis 2050 zu beteiligen.